Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 197 | Dresden, Dienstag den 25. August 1925 | 36. Jahrg.

Es kriselt im Zentrum

Wirths Austritt aus der Zentrumsfraktion — Windhorstbünde gegen die Fraktionspolitik

Dr. Josef Wirth hat an den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums einen Brief gerichtet, der folgenden Wortlaut hat:

„Dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages! Getreu der von mir übernommenen politisch-demokratischen Linie im Deutschen Reichstag beehre ich mich dem Vorstand der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages mitzuteilen, daß ich, außerhalb der Fraktion des Zentrums im Reichstag stehend, mich fernerhin als Vertreter des sozialen und republikanischen Zentrums bezeichnen werde.

Dr. Wirth."

*

Der Austritt Wirths aus seiner Fraktion beleuchtet blitzartig die Situation im Zentrum. Diese Partei gab bisher als Mittelpartei den Ausschlag im deutschen Parteiensystem. Die Zentrumspartei ist sich der Stärke, die dieser ausschlaggebenden Stellung innewohnt, wohl bewußt. Es gibt Zentrumspolitiker, die es geradezu als den obersten Grundsatz der Politik des Zentrums bezeichnen, diese ausschlaggebende Stellung unter allen Umständen beizubehalten und zu sichern. Es schwebt ihnen ein System vor, in dem das Zentrum einen entscheidenden Sieg der im deutschen Volke miteinander ringenden lebendigen politischen Kräfte verhindert. Eine Politik der goldenen Mittellinie, die aber zugleich eine Politik der Stagnation ist, und die niemals dazu führen wird, an die Stelle des krisenhaften Hin und Her in der deutschen Politik nach heftigen politischen Kämpfen wenigstens ruhigere und stabile politische Epochen zu gewährleisten, in denen die lebendigen politischen Kräfte an der Umsetzung ihrer politischen und sozialen Ideen in die Wirklichkeit arbeiten könnten.

Aber diese formelle Auffassung der Aufgabe des Zentrums und des Wesens der Zentrumspolitik wird zerschlagen durch den Kampf der großen geistigen und sozialen Gegensätze, die in der deutschen Republik ausgefochten werden müssen. Das Zentrum hat im Verlauf der letzten Parlamentstagung durch seine praktische Stellungnahme sich stärker an die Rechtsparteien gebunden, als es mit der formellen Auffassung von der Zentrumspolitik als der Politik der mittleren Linie vereinbar wäre. Es war weder der Geist der Volksgemeinschaft, noch der Geist der formalen politischen Auffassung, der die praktische Politik des Zentrums in den letzten Monaten bestimmt hat. Die Gunst der parlamentarischen Konstellation hat den agrarischen und den großkapitalistischen Kreisen im Zentrum ermöglicht, die Führung an sich zu reißen. Diese Kreise decken sich mit denen, die in der Republik und der demokratischen Verfassung ein notwendiges Uebel, aber denn doch ein Uebel sehen. Klasseninteresse und politisch reaktionäre Gesinnung Hand in Hand haben im Verlauf der letzten Monate im Zentrum den Sieg davongetragen über die demokratischen und sozialen Tendenzen, die jahrelang darum gerungen haben, das Zentrum zu einer christlichen, sozialen, demokratischen Volkspartei umzugestalten.

Der Austritt von Wirth aus der Zentrumsfraktion ist — wenn auch vielleicht ungewollt — eine Anerkennung der veränderten Verhältnisse im Zentrum. Selbst für den Fall, daß Wirth mit seinem Schritt hofft, den demokratischen und sozialen Kräften im Zentrum einen neuen Impuls zu geben, liegt in diesem Schritt doch immer eine gewisse Resignation, das Zugeständnis, daß das Klasseninteresse des Besitzes und geistig reaktionäre Kräfte das Zentrum so weit nach rechts geführt haben, daß er daran verzweifelt, mit normalen Mitteln eine entscheidende Wendung der Politik des Zentrums in naher Zeit herbeizuführen.

Wir sind weit davon entfernt, in dem Ausscheiden Wirths aus der Zentrumsfraktion des Reichstages den Beginn eines Zerfalls des Zentrums zu sehen. Wir überschätzen keineswegs die gewaltige Macht der Tradition, die die Zentrumspartei zusammenhält und die auch Wirth trotz seinem Ausscheiden aus der Fraktion im Zentrum hält. Wir unterschätzen die Tatsache nicht, daß die Festigkeit der Zentrumspartei nicht in einer Uebereinstimmung über ein vernunftgemäßes politisches System, sondern im Glauben wurzelt. Aber wir sehen in diesem Schritt von Wirth ein Symbol für die Tatsache, daß die Zentrumspartei in voller innerer Bewegung ist. Sie diskutiert in der Oeffentlichkeit über ihr politisches System. Sie diskutiert über den politischen und sozialen Inhalt ihrer Politik. Sie diskutiert selbst darüber, ob in ihrer großen im Glauben verankerten Grundlage alles in Ordnung ist.

Herr Dr. Karl Sonnenschein hat in der Zentrumspresse einleitende Worte zum Stuttgarter Katholikentag geschrieben. Er geht aus von der bitteren Not der Zeit. Er stellt an die Spitze die Forderung, daß die katholische Kirche in die Zeit hineingebaut sein müsse. Er betont die Verantwortung des deutschen Katholizismus gegenüber der Zeit. Eine tief empfundene soziale Note, wahrhaft soziale Gesinnung zieht sich durch diese Ausführungen. Der Zentrumsanhänger aber, namentlich der Zentrumswähler, sucht diese wahrhaft soziale Auffassung nicht nur im deutschen Katholizismus, er sucht sie auch in seiner Partei. Bemerkenswerte Stimmen aus der Zentrumspresse und aus Zentrumsarbeiterkreisen lassen erkennen, daß in den Kreisen des Zentrums Erstaunen und Empörung sich darüber regen, daß die Zentrumspartei in der praktischen Politik soziales Verständnis und soziales Verantwortungsgefühl mit Füßen getreten hat. Die Stellung des Zentrums in den Fragen der Steuer- und der Zollgesetzgebung, seine Teilnahme an der dem Geiste der Demokratie hohnsprechenden Vergewaltigung der parlamentarischen Minderheit bei den Zolldebatten des Reichstages werden von diesen Kreisen als bittere Enttäuschung empfunden. Man geht nicht zu weit, wenn man feststellt, daß in weitesten Kreisen des Zentrums eine Rebellion gegen die rechtsgerichtete Führung durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion des Zentrums im Gange ist.

Diese Rebellion ist so stark, daß aus den Reihen des Zentrums heraus die Frage aufgeworfen wurde, ob das Zentrum überhaupt noch existenzberechtigt sei. So hat Dr. Heinrich Teipel, ein Redakteur der Germania, in einer Broschüre „Wir müssen aus dem Turm heraus" den Gedankengang vertreten, daß man in Deutschland zum Zweiparteiensystem gelangen müsse. Das Zentrum habe sich überlebt. Da aber unter dem gegenwärtigen Wahlrecht in absehbarer Zeit das Zentrum in der ausschlaggebenden Mittelstellung beharren werde, so müsse durch eine Aenderung des Wahlrechts das Zweiparteiensystem in Deutschland durchgesetzt werden. Teipel denkt an ein Wahlrecht, das dem englischen ähnlich ist und der relativen Mehrheit der miteinander kämpfenden Parteien die Parlamentsmehrheit verleiht. Ein an sich interessanter Gedankengang, der auf dem Wege über eine formalpolitische Konstruktion die unverkennbare Stagnation, die infolge der ausschlaggebenden Rolle des Zentrums im deutschen Parteiensystem eingetreten ist, überwinden will. Es kennzeichnet die innere Bewegung und das innere Durcheinander im Zentrum, daß einer der literarischen Vertreter der Zentrumspolitik aus dem ständig hin- und herschwankenden Kampf zwischen sozialen und christlich-demokratischen Ideen und robusten Klasseninteressen im Zentrum in die Verneinung der eigenen Partei flüchtet.

Wer die Vorgänge im Zentrum verfolgt, der wird das Gefühl der inneren Unbefriedigtheit, der Sehnsucht nach Reformation selbst in den Geleitworten von Dr. Karl Sonnenschein zum Deutschen Katholikentag finden. Sein Losungswort: Wir wollen wieder Christen sein, enthält zugleich die kritische und mahnende Frage: Seid ihr in der jüngsten Vergangenheit Christen gewesen?

Zu welchem Ende die innere Bewegung im Zentrum führen wird, ist eine Tatfrage der Zukunft. Für die Gegenwart steht fest: das Zentrum von heute ist ein Hemmnis der deutschen politischen Entwicklung, ein Hemmnis auf dem Wege des sozialen Fortschritts. Dies Hemmnis muß überwunden werden. Kommt die Ueberwindung nicht aus dem Zentrum selbst, so muß sie im Kampf gegen sein Wesen von heute und gegen seine Existenz gefunden werden.

Der Anfang

Das Schreiben, mit dem Dr. Wirth seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion ankündigt, liegt, wie man jetzt erfährt, schon seit einigen Tagen vor. Der Parteivorstand hat eine sofortige Veröffentlichung bisher verhindert, um einer Vermittlungsaktion Raum zu geben, die eine Ausgleichung der Gegensätze auf einer mittleren Linie, etwa der der bekannten Düsseldorfer Resolution, ermöglichen soll. Es scheint, als ob diese Versuche gescheitert sind. In Kreisen, die dem Zentrum nahestehen, wird versichert, daß Wirth nicht die Absicht habe, innerhalb der Zentrumspartei sich abseits zu stellen und daß sein Schreiben erst als der Anfang intensiver Auseinandersetzungen zu betrachten sei. Wirth hat sich am Montag von Mariendad, wo er wegen seines Herzleidens zur Kur weilte, nach Stuttgart begeben. Am schärfsten werden die Auseinandersetzungen wahrscheinlich in Wirths engerer Heimat sein, wo er im badischen Zentrum einen außerordentlichen Einfluß ausübt. Dort steht ihm der offizielle Führer der Zentrums-Reichstagsfraktion, Konrad Fehrenbach, gegenüber, dem im Zentrum vorgeworfen wird, daß er sich bei der Verabschiedung der Steuer- und Zollgesetze von Luther glatt habe einwickeln lassen. Kenner der Zentrumsverhältnisse versichern, daß Fehrenbach im badischen Zentrum in der Minderheit bleiben werde. Jedenfalls deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Auseinandersetzungen in den Zentrumskreisen in den nächsten Wochen und Monaten um so lebhafter werden müssen, als sowohl die Reichstagspolitik wie auch die Verhältnisse in Preußen das Zentrum vor die Notwendigkeit stellen werden, sich wenigstens für absehbare Zeit nach der einen oder der andern Richtung hin zu entscheiden.

Die gesamte Berliner Presse — mit Ausnahme der Germania — kommentiert das Vorgehen Wirths eingehend. Während die Rechtspresse so tut, als ob sie an eine besondere Wirkung dieses Schritts nicht glaube und als ob die Entwicklung des Zentrums durch die Ereignisse der letzten Monate in ihrem Sinne gesichert sei, ist die demokratische Presse durchaus der Ueberzeugung, daß die übergroße Mehrheit der Zentrumswähler mit der augenblicklichen Politik der Reichstagsfraktion des Zentrums nicht zufrieden sei. Das Berliner Tageblatt glaubt durchaus an die Möglichkeit, daß sich im Zentrum ein Umschwung auf die alte Linie der früheren Politik durchsetzen kann.

*

Die Meuterei der Windhorstbünde

In einer stürmisch verlaufenen Delegiertenversammlung des Provinzverbandes der Windthorstbünde Berlin-Brandenburg im Gesellenhaus am Sonnabend, dem 22. August, erklärte die Mehrheit der Delegierten der einzelnen Bünde, daß sie aus Gewissensgründen die Politik des Zentrums nicht mehr mitmachen könnte und daher ihren Austritt aus der Zentrumspartei vollzöge. Zwei Vorstandsmitglieder des Gaues haben aus diesem Grunde bereits ihre Aemter niedergelegt. Es ist anzunehmen, daß der Entschluß der Berliner Windthorstbünde auch im Reiche wirken wird, da die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Reichstagung der Windthorstbünde in Weingarten-Friedrichshafen und mit der Verständnislosigkeit des einzigen dort anwesenden Reichstagsabgeordneten Groß sehr stark ist. Jedenfalls ist durch den Tod des Berliner Abgeordneten Dr. Beusch und durch das Vorgehen der Berliner Windthorstbünde sowie schließlich durch die auf die Dauer unerträglichen Zustände in der Leitung der Germania die Berliner Zentrumspartei in eine schwere Krisis geraten, und es wird stark bezweifelt, ob der Nachfolger des Abgeordneten Beusch, der Kaufmann Schönborn, in der Lage sein wird, die Krise und den Zusammenbruch zu meistern.

Der Kongreß in Marseille

Internationale Aktion für höhere Lebenshaltung — Freier Handelsverkehr Voraussetzung des Weltfriedens — Internationale Jugendkonferenz

P. Marseille, 23. August. (Eig. Bericht.)

Zu dem ersten Verhandlungstag ist noch folgendes aus der Rede Hendersons nachzutragen: Dieser Kongreß hat eine zweifache Aufgabe: einen Rückblick zu werfen auf die Arbeit zweier schwieriger Jahre und die Aufgaben und Pflichten ins Auge zu fassen, die vor uns liegen. Heute spricht unsere Internationale im

Namen von sieben Millionen organisierten Arbeiter.

Hinter uns stehe die Macht von nicht weniger als 28 Millionen Stimmen, der Ausdruck jenes Teiles der öffentlichen Meinung, die in den verschiedenen Ländern die Politik der sozialistischen Arbeiterparteien vertritt. Mehr als 300 Tageblätter und Tausende von Wochen- und Monatsblättern tragen unsere Botschaft ins Volk. Bei sechzehn Wahlen in vierzehn verschiedenen Ländern, hat in diesen letzten zwei Jahren die sozialistische Arbeiterschaft elf Siege erfochten. Die Politik der Arbeiterschaft kann aber keine Erfolge bringen, solange jede Partei allein und isoliert kämpft. Anderseits darf auch die Internationale nicht ihre Politik den einzelnen Parteien ohne Rücksicht auf die besonderen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedingungen aufzwingen, unter denen diese Parteien zu arbeiten haben.

Die Rolle, welche die Internationale in der nächsten Zukunft zu spielen berufen ist, wird m. E. bedeutsamer sein als alle bisherigen. Zehn Jahre lang hat die Welt unter der Herrschaft der Kriegsleidenschaften, und des Kriegsgeistes gelebt, niedergedrückt von dem Bewußtsein, daß sie eine Fülle von Kriegsproblemen geerbt hat, die durch die Unsicherheit der Verhältnisse auf der einen Seite und die Vergewaltigung aller Grundsätze der internationalen Gerechtigkeit auf der anderen Seite noch verstärkt und verschärft wurde. Der Militarismus bleibt auch weiterhin gefährlich, daher dauert auch das Gefühl der Unsicherheit an. Unter diesen Umständen ist in der ganzen Nachkriegsgeschichte Europas und in der Geschichte unserer Internationale nichts bedeutsamer als die Bemühungen, die Wiederkehr des Krieges zu verhindern. Die Entwicklung der sozialistischen Politik in dieser Frage hat ihren Ausdruck gefunden in dem Genfer Protokoll zur friedlichen Beilegung internationaler Streitfälle.

Ich betrachte dieses Werk als die unmittelbare Leistung der sozialistischen Arbeiterparteien. Die in ihm niedergelegte Politik ist meiner Ansicht nach die einzige wirksame Methode, den Weltfrieden zu erhalten. Wäre es möglich gewesen, die die Annahme des Protokolls zu sichern, so wäre ein großer Schritt auf dem Wege zu einer wahrhaften Friedensorganisation der Völker getan worden.

Das Protokoll ist der beste Plan einer schiedsgerichtlichen Organisation, die zur allgemeinen Abrüstung führt.

Gewiß, es ist nicht vollkommen. Aber es ist in der internationalen Arbeiterbewegung allgemein anerkannt als ein vernünftiger und brauchbarer Anfang der großen Aufgabe, den Krieg als Instrument der Politik außerhalb der internationalen Rechtsordnung zu stellen. Es muß der Pfeiler unserer internationalen Friedenspolitik und das Ziel unserer unmittelbaren Bemühungen bleiben. Was immer für eine Haltung die sozialistischen Arbeiterparteien unter dem Druck politischer und parlamentarischer Notwendigkeiten gegenüber den beschränkteren und weniger wirksamen Plan eines Sicherheitspaktes zwischen Frankreich, England, Deutschland, Belgien und Italien einnehmen, ich glaube, daß die Politik des Genfer Protokolls der Leitsatz der internationalen Aktion und die Richtlinie für die Aktion der einzelnen Parteien bleiben muß. Der Prüfstein für den Sicherheitspakt muß sein, ob er uns zu dem Ziel, daß das Genfer Protokoll aufgerichtet hat, hin — oder von ihm wegführt. Daß der Sicherheitspakt in seinem Umfange beschränkter, in seinen Methoden wenig wirksam ist und keineswegs die gleichen Sicherheiten oder dieselbe Aussicht auf Beschränkung der Rüstungen eröffnet, die zu einer baldigen allgemeinen Abrüstung führen sollen, ist unbestreitbar.

Von diesem Kongreß soll ein weithin schallender Ruf an alle Parteien ergehen, alle Anstrengungen darauf zu richten, die von der internationalen Arbeiterorganisation des Völkerbundes beschlossenen

Konventionen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen

so wirksam als möglich durchzuführen. Das ist meiner Meinung nach

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250825/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG